

Bielefeld

**Jahresabschluss
2011
der Stadt Bielefeld
- Lagebericht -**



Inhaltsverzeichnis

1	LAGEBERICHT	4
1.1	Allgemeines	4
1.2	Rahmenbedingungen	5
1.3	Jahresrechnung 2011	5
1.3.1	Ergebnisrechnung	5
1.3.1.1	Ertrags- und Aufwandslage	6
1.3.1.2	Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge	6
1.3.1.2.1	Erträge der Gesamtergebnisrechnung	6
1.3.1.2.2	Steuern und ähnliche Abgaben	7
1.3.1.2.3	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7
1.3.1.2.4	Sonstige Transfererträge	8
1.3.1.2.5	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8
1.3.1.2.6	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8
1.3.1.2.7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9
1.3.1.2.8	Sonstige ordentliche Erträge	9
1.3.1.3	Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen	10
1.3.1.3.1	Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung	10
1.3.1.3.2	Personalaufwendungen	10
1.3.1.3.3	Versorgungsaufwendungen	11
1.3.1.3.4	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11
1.3.1.3.5	Bilanzielle Abschreibungen	13
1.3.1.3.6	Transferaufwendungen	13
1.3.1.3.7	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14
1.3.1.4	Finanzergebnis	15
1.3.2	Finanzrechnung	16
1.3.2.1	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	16
1.3.2.1.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16
1.3.2.1.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	17
1.3.2.1.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	18
1.3.2.2	Investitionen und Finanzierung	18
1.3.2.2.1	Gesamtübersicht	18
1.3.2.2.2	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	19
1.3.2.2.3	Veräußerung von Sachanlagen	20
1.3.2.2.4	Beiträge und Entgelte	20
1.3.2.2.5	Sonstige Investitionseinzahlungen	20
1.3.2.2.6	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	20
1.3.2.2.7	Baumaßnahmen	20
1.3.2.2.8	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	21
1.3.2.2.9	Erwerb von Finanzanlagen	21
1.3.2.2.10	Aktivierbare Zuwendungen	21
1.3.2.2.11	Investitionsschwerpunkte	22
1.3.2.2.12	Planfortschreibungen	22
1.3.2.2.13	Kreditaufnahmen für Investitionen	22
1.3.2.3	Finanzierungstätigkeit	23
1.3.2.4	Liquiditätsentwicklung	23
1.4	Vermögens- und Schuldenlage	24
1.5	Chancen und Risiken/Vorgänge von besonderer Bedeutung	25
1.5.1	Gewerbesteuerentwicklung	25
1.5.2	Kredite und Zinsen	26
1.5.3	Personal- und Versorgungsaufwendungen	26
1.5.4	Entwicklung der Sozialtransferleistungen	26
1.5.5	Stadtentwicklung	27
1.5.6	Auswirkungen der Schuldenbremse von Bund und Länder auf die Kommunen	27

1.6	NKF – Kennzahlenset NRW	28
1.7	Organe und Mitgliedschaften	30
1.7.1	Verwaltungsvorstand	30
1.7.2	Rat der Stadt Bielefeld	32

1 Lagebericht

1.1 Allgemeines

Den rechtlichen Vorgaben entsprechend hat die Stadt Bielefeld zum 01.01.2009 flächendeckend auf das kaufmännische Rechnungswesen umgestellt. Hierdurch wurde die bisherige Kameralistik auch für die Bereiche des Kernhaushaltes abgelöst.

Im Januar 2011 hat die Stadt Bielefeld gem. § 92 GO NRW i. V. m. §§ 53 ff. GemHVO NRW eine Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 aufgestellt. Der Rat der Stadt hat diesen Entwurf der Eröffnungsbilanz in seiner Sitzung am 27.01.2011 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Die Eröffnungsbilanz wurde am 15.12.2011 vom Rat festgestellt. Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat die Eröffnungsbilanz inzwischen geprüft und am 13.08.2012 ihren Prüfungsbericht übersandt. Nach Behandlung des Berichts in Rechnungsprüfungsausschuss und Rat wird aktuell der Abschluss des Anzeigeverfahrens durch die Bezirksregierung Detmold erwartet.

Eine Gemeinde hat gem. § 95 GO NRW i. V. m. § 37 GemHVO NRW zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) aufzustellen, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 ist der dritte NKF-orientierte Jahresabschluss der Stadt Bielefeld, der sich an den handelsrechtlichen Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften anlehnt.

Die Haushaltssatzung und den Doppelhaushaltsplan 2010/2011 hat der Rat der Stadt am 25.11.2010 beschlossen. Er wies für das Jahr 2011 ein Defizit von rd. 129,8 Mio. € aus. Aufgrund der Rechnungsergebnisse 2009 in Höhe von – 154,0 Mio. € (geplant – 83 Mio. €) und 2010 in Höhe von - 117,6 Mio. € (geplant – 117,1 Mio. €) war eine Abdeckung des Fehlbetrages aus der Ausgleichsrücklage gemäß § 75 Abs. 2 Satz 2 GO NRW nicht mehr möglich. Schon in der Planung wurde deutlich, dass der Fehlbetrag durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gedeckt werden muss. Da die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage auch in den Folgejahren deutlich über der Bagatellgrenze von 5 % lag, war das für den Doppelhaushalt 2010/2011 aufgestellte Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig.

Mit Bericht vom 02.12.2010 wurde die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2010/2011 der Bezirksregierung Detmold vorgelegt. Mit Verfügung vom 18.01.2011 teilte die Bezirksregierung erwartungsgemäß mit, dass eine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 nicht erteilt wird. Für die Bewirtschaftung des Haushaltsplanes 2011 galten daher ganzjährig die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO NRW.

1.2 Rahmenbedingungen

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes 2009 gegen Ende des Jahres 2008 bzw. Anfang 2009 wurden auch in Deutschland die ersten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise spürbar. Aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung wurde insbesondere das Gewerbesteueraufkommen deutlich unter dem Niveau des Rechnungsergebnisses 2008 veranschlagt. Im Verlauf des Jahres 2009 zeigte sich allerdings, dass die tatsächlichen Einbrüche im Bereich der Gewerbesteuer und beim Anteil an der Einkommensteuer dramatische Dimensionen annehmen würden.

Insgesamt betrachtet standen die deutschen Kommunen im Jahr 2009 einer immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage gegenüber, die auch am Haushalt nicht spurlos vorübergehen konnte. Rückblickend ist festzustellen, dass die Stadt Bielefeld bei den Steuererträgen 2009 überproportionale Einbußen verkraften musste. Aufgrund des sehr späten Aufstellungszeitpunktes konnten die ersten Anzeichen einer konjunkturellen Erholung bereits im Doppelhaushaltsplan 2010/2011 berücksichtigt werden. Die im Doppelhaushalt ausgewiesenen Fehlbeträge verpflichteten jedoch zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, welches im Ergebnis nicht genehmigungsfähig war.

1.3 Jahresrechnung 2011

1.3.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2011 schließt mit einem negativen Jahresergebnis von 81,4 Mio. € ab. Gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW beschließt der Rat der Stadt über die Behandlung des Jahresfehlbetrags. Der Fehlbetrag kann aufgrund der Ergebnisse 2009 und 2010 nicht mehr aus der Ausgleichsrücklage (Stand 01.01.2009 = 206,8 Mio. €) gedeckt werden. Der Fehlbetrag führt somit in voller Höhe zu einer Verringerung der Allgemeinen Rücklage. Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich voraussichtlich wie folgt dar:

Stand nach Jahresabschluss 2011 und mit Haushaltsplanwerten 2012 und 2013

	Eröffnungs- bilanz	Ende 2009	Ende 2010	Ende 2011	Ende 2012	Ende 2013
Jahresdefizit		154,0	117,6	81,4	75,9	86,9
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Ausgleichsrücklage		206,8	52,8	0,0	0,0	0,0
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage		154,0	52,8	0,0	0,0	0,0
Voraussichtlicher Endbestand der Ausgleichsrücklage	206,8	52,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbleibendes Jahresdefizit		0,0	64,8	81,4	75,9	86,9
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Allg. Rücklage		840,8	863,8	806,0	679,7	603,8
Veränderungen Allg. Rücklage durch JA 2010 und 2011			+ 7,0	- 44,9		
Inanspruchnahme der Allg. Rücklage			64,8	81,4	75,9	86,9
Voraussichtlicher Endbestand der Allg. Rücklage	840,8	863,8*	806,0*	679,7*	603,8	516,9
Verbleibendes Jahresdefizit			0,0	0,0	0,0	0,0

* Stand nach Jahresabschlüssen 2009, 2010 bzw. 2011

Die Ausgleichsrücklage war mit Abwicklung des Fehlbetrages 2010 aufgebraucht. Mit einem Teilbetrag in Höhe von rd. 64,8 Mio. € wurde bereits im Jahresabschluss 2010 erstmalig die Allgemeine Rücklage in Anspruch genommen; der Fehlbetrag 2011 führt in voller Höhe zur Verringerung der Allgemeinen Rücklage.

1.3.1.1 Ertrags- und Aufwandslage

Im Ergebnisplan 2011 wurden ordentliche Erträge von 864,1 Mio. € und ordentliche Aufwendungen von 1.004,7 Mio. € geplant. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit betrug somit – 140,6 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von 10,8 Mio. € betrug das ordentliche Ergebnis – 129,8 Mio. €. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Negativsaldo von – 81,4 Mio. € ab. Gegenüber dem Haushaltsplan ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 48,4 Mio. €. Unter Berücksichtigung der Fortschreibung durch über- oder außerplanmäßige Bewilligungen, Ermächtigungsübertragungen und notwendige Ermächtigungsumbuchungen ergibt sich im Ergebnis eine positive Abweichung in Höhe von rd. 54,6 Mio. €. Diese ergibt sich im Saldo aus einer Verbesserung in Höhe von 49,3 Mio. € beim Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und einer Verbesserung in Höhe von rd. 5,3 Mio. € beim Finanzergebnis.

Die Ergebnisrechnung weist konsumtive Ermächtigungsübertragungen von 3.140.882,02 € gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO NRW aus.

Ermächtigungsübertragungen belasten wirtschaftlich das neue Haushaltsjahr. Sie führen zu Erhöhungen der Haushaltspositionen des vom Rat der Stadt bereits beschlossenen Haushaltsplans 2012. § 22 Abs. 4 GemHVO NRW sieht daher vor, dass dem Rat eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf das Folgejahr vorzulegen ist. Dieses ist bereits in der Ratssitzung am 25.10.2012 geschehen.

Zum Zeitpunkt der Ratsvorlage war noch nicht erkennbar, dass in der Ergebnisrechnung auch Ermächtigungsübertragungen bei den Abschreibungen ankommen, die investiv gebildet wurden. Die Summe beträgt 39.547,19 € und erhöht den Gesamtbetrag der Ermächtigungsübertragungen auf 3.180.429,21 €.

1.3.1.2 Darstellung und Analyse der ordentlichen Erträge

1.3.1.2.1 Erträge der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen (s. Ziffer 1.3.1.4) und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit dargestellt:

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
01	Steuern und ähnliche Abgaben	375,2	375,2	397,5	22,3
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	204,3	205,9	246,7	40,8
03	Sonstige Transfererträge	8,3	8,3	10,2	1,9
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	142,2	142,2	150,5	8,3
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,3	6,3	6,1	- 0,2
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63,8	63,8	67,0	3,2

07	Sonstige ordentliche Erträge	63,4	63,4	42,6	- 20,8
08	Aktivierete Eigenleistungen	0,6	0,6	0,4	- 0,2
09	Bestandsveränderungen	0	0	0	0
10	Ordentliche Erträge	864,1	865,7	921,0	55,3

Die wesentlichen Abweichungen werden nachstehend erläutert.

1.3.1.2.2 Steuern und ähnliche Abgaben

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
	Grundsteuer A	0,3	0,3	0,3	0,0
	Grundsteuer B	54,8	54,8	54,7	- 0,1
	Gewerbesteuer	190,5	190,5	202,5	12,0
	Gemeindeanteil Einkommensteuer	94,4	94,4	100,8	6,4
	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	19,8	19,8	20,5	0,7
	Vergnügungssteuer	2,8	2,8	3,7	0,9
	Hundesteuer	1,3	1,3	1,4	0,1
	Zweitwohnungssteuer	0,2	0,2	0,2	0,0
	Übernachtungssteuer / Kulturabgabe	1,0	1,0	0,0	- 1,0
	Familienleistungsausgleich	10,0	10,0	12,1	2,1
	Leistungen Umsetzung Grundsicherung für Arbeitssuchende	0,0	0,0	1,1	1,1

Nach dem dramatischen „Absturz“ der Gewerbesteuereinnahmen im Jahre 2009 (Rechnungsergebnis = 135,5 Mio. €) zeigte sich bei dieser Steuerart bereits im Jahre 2010 mit einem Rechnungsergebnis von 176,1 Mio. € eine spürbare Erholung. Dieser Trend setzt sich 2011 mit einem Gewerbesteueraufkommen in Höhe von rd. 202,5 Mio. € fort, auch wenn das Ergebnis damit immer noch deutlich unter dem Ertrag des Jahres 2008 in Höhe von rd. 230,5 Mio. € liegt. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind nach Rückgängen in den Jahren 2009 (RE = 98,1 Mio. €) und 2010 (RE = 92,7 Mio. €) wieder ansteigende Erträge zu verzeichnen. Unerwartet erreichte die Stadt Bielefeld die Wohngeldersparniszahlung des Landes in Höhe von 1,1 Mio. €.

Darüber hinaus sollte im Rahmen des HSK ab 2011 mit einer inhaltlich noch zu definierenden Kulturabgabe eine neue Ertragsquelle erschlossen werden. Die Umsetzung der Maßnahme scheiterte an der fehlenden politischen Zustimmung.

1.3.1.2.3 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	204,3	205,9	246,7	40,8

Der bei weitem größte Einzelposten der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind die Schlüsselzuweisungen, die mit einem Ansatz in Höhe von 128,2 Mio. € etatisiert waren. Das Ergebnis beläuft sich dagegen auf rd. 153,4 Mio. € und liegt damit deutlich über dem Haushaltsansatz. Die Steigerung basiert zum einen auf systematischen Veränderungen im GFG 2011 und zum anderen auf der Entwicklung der Steuerkraft in Bielefeld. Eine weitere auffällige positive Abweichung in Höhe von rd. 12,7 Mio. € ergibt sich im Saldo bei den Zuweisungen vom Land. Ein Mehrertrag in Höhe von rd. 5,3 Mio. € entfällt auf höhere Zuweisungen für Schulträgeraufgaben; diese stehen im Zusammenhang mit Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II und den Betreuungs- und Ganztagsangeboten im Schulbereich (u. a. OGS). Außerdem wurden unter dieser Ertragsart entgegen der Planung im Haushalt 2011 die Erstattungen des Landes für den U3-Ausbau der Kitas in Höhe von rd. 5,5 Mio. € vereinnahmt.

Außerdem erreichte die Stadt eine nicht eingeplante Erstattung des Landes für ausfallende Elternbeiträge durch die Beitragsbefreiung im letzten Kindergartenjahr in Höhe von rd. 1,0 Mio. €. Höhere Zuweisungen als erwartet gab es darüber hinaus für Maßnahmen in den Bereichen Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen (+ 0,3 Mio. €).

1.3.1.2.4 Sonstige Transfererträge

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
03	Sonstige Transfererträge	8,3	8,3	10,2	1,9

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um den Ersatz von Sozial- und Jugendhilfeleistungen in und außerhalb von Einrichtungen durch übergeleitete Unterhaltsansprüche, Kostenbeiträge, Rückzahlungen sowie Leistungen von Sozialleistungsträgern oder Pflegeversicherungsträgern. Die Mehrerträge beruhen überwiegend auf höheren Ersatzleistungen von anderen Sozialleistungsträgern bei Hilfen in Einrichtungen (+ 0,5 Mio. €) und bei Hilfen außerhalb von Einrichtungen (+ 0,3 Mio. €), auf höheren Unterhaltsleistungen (+ 0,3 Mio. €) und sonstigem Ersatz von Leistungen außerhalb von Einrichtungen (+ 0,3 Mio. €). Ertragssteigerungen sind darüber hinaus bei den Rückzahlungen gewährter Leistungen (insgesamt rd. 0,3 Mio. €) und sonstigen Transfererträgen (+ 0,25 Mio. €) festzustellen.

1.3.1.2.5 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	142,2	142,2	150,5	8,3

Die hier dargestellte Verbesserung ergibt sich überwiegend aus Mehrerträgen bei den Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten (4,4 Mio. €) sowie aus der Auflösung von Sonderposten (3,6 Mio. €) insbesondere im Rahmen von Beiträgen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Ebenfalls eine Ertragssteigerung ist bei den Verwaltungsgebühren eingetreten (0,2 Mio. €).

1.3.1.2.6 Privatrechtliche Leistungsentgelte

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,3	6,3	6,1	- 0,2

Der Rückgang in Höhe von rd. 0,2 Mio. € resultiert aus Mindererträgen bei Mieten und Pachten (- 0,6 Mio. €) und den Leistungsentgelten „Verpflegung“ in Höhe von rd. 0,4 Mio. €. Diesen Rückgängen stehen Verbesserungen in Höhe von knapp 0,1 Mio. € bei den Verkaufserlösen und rd. 0,8 Mio. € bei den sonstigen privaten Leistungsentgelten gegenüber. Die geringeren Leistungsentgelte für die Verpflegung in Kindertagesstätten ziehen geringere Aufwendungen nach sich.

1.3.1.2.7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63,8	63,8	67,0	3,2

Die unter dieser Ertragsart veranschlagte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gem. SGB II übertrifft mit einem Rechnungsergebnis in Höhe von rd. 24,7 Mio. € den Ansatz um rd. 4,1 Mio. €. Die größte negative Abweichung bei dieser Ertragsart ist mit rd. 2,2 Mio. € bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom Land festzustellen. Diese resultiert zum einen daraus, dass die Erstattungen des Landes für den U3-Ausbau der Kitas in Höhe von geplant 5,4 Mio. € nicht unter dieser Ertragsart gebucht wurden. Die Zahlung des Landes wurde unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen vereinnahmt. Gleichzeitig schlagen hier aber auch Mehrerträge aus Kostenerstattungen für die ZAB in Höhe von rd. 2,5 Mio. € zu Buche. Bei den übrigen Ertragspositionen ergeben sich teilweise deutliche Abweichungen positiver und negativer Art, die im Saldo jedoch zu einer weiteren Verbesserung in Höhe von rd. 1,9 Mio. € führen. Ursächlich für einige Abweichungen ist der Umstand, dass die tatsächliche Bewirtschaftung der Konten nicht der ursprünglichen Planung entsprach.

1.3.1.2.8 Sonstige ordentliche Erträge

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
07	Sonstige ordentliche Erträge	63,4	63,4	42,6	- 20,8

Für die Versorgungsarten Strom, Wasser und Gas entrichten die Stadtwerke Bielefeld GmbH eine Konzessionsabgabe. Nach den Planungen wurde daraus ein Ertrag in Höhe von 19,7 Mio. € erwartet. Tatsächlich hat die Stadt gut 22,1 Mio. € erhalten.

Die unter dieser Position ebenfalls veranschlagten Verwarn- und Bußgelder entstehen in den Bereichen des ruhenden Verkehrs und der kommunalen und polizeilichen Geschwindigkeitsüberwachung. Aufgrund der neuen stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A 2 entstehen hier seit 2009 grundsätzlich erhebliche Mehrerträge. Aufgrund von Baumaßnahmen auf der A 2 musste die stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage sowohl im Jahre 2010 als auch im Jahre 2011 über längere Zeiträume abgeschaltet werden. Zudem wirkt sich der zunehmende „Bekanntheitsgrad“ der Anlage auf die Ertragsentwicklung aus, so dass im Vergleich zu 2010 rd. 1,0 Mio. € weniger Verwarn- und Geldbußen vereinnahmt werden konnten. Der für 2011 geplante Ansatz konnte mit einem Rechnungsergebnis von rd. 12,9 Mio. € jedoch noch um annähernd 1,3 Mio. € überschritten werden. Weitere Mehrerträge in Höhe von rd. 1,2 Mio. € sind durch die Auflösung sonstiger Rückstellungen entstanden. Darüber hinaus konnten höhere Säumniszuschläge (+ 0,4 Mio. €) und Zwangsgelder (+ 0,2 Mio. €) vereinnahmt werden.

Als sonstige ordentliche Erträge wurden im Haushaltsplan 2011 auch die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Personalbereich veranschlagt. Die Bezirksregierung Detmold hat darauf hingewiesen, dass diese Rückstellungsentnahmen aufwandsmindernd gebucht werden sollen. Insofern wurden die Entnahmen entsprechend bewirtschaftet. Aus diesem Grund weist die Jahresrechnung in diesem Bereich erhebliche Mindererträge in Höhe von rd. 26,3 Mio. € aus. Diese Mindererträge werden zumindest teilweise auf der Personalaufwandsseite kompensiert.

1.3.1.3 Darstellung und Analyse der ordentlichen Aufwendungen

1.3.1.3.1 Aufwendungen der Gesamtergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen und außerordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 GemHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit dargestellt:

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
11	Personalaufwendungen	183,4	184,2	171,5	- 12,7
12	Versorgungsaufwendungen	24,0	24,0	24,3	0,3
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	184,9	189,8	187,5	- 2,3
14	Bilanzielle Abschreibungen	27,1	27,2	38,1	10,9
15	Transferaufwendungen	462,9	464,2	457,7	- 6,5
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	122,4	123,1	139,4	16,3
17	Ordentliche Aufwendungen	1.004,7	1.012,5	1.018,5	6,0

Es entstanden folgende wesentliche Abweichungen:

1.3.1.3.2 Personalaufwendungen

Die Kalkulation des Personalaufwandes für den NKF-Haushalt ist nur noch bedingt mit der Kalkulation der Personalausgaben für den kameralen Haushalt vergleichbar. Durch die Umstellung auf das doppelte Rechnungswesen werden nunmehr Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sowie für die Altersteilzeit gebildet. Die Höhe der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen wird jährlich zum Stichtag 31.12. durch ein versicherungsmathematisches Gutachten neu ermittelt. Im Regelfall sind Beträge zuzuführen.

In dem Gutachten vom 03.02.2010 sind aufgrund der Beschäftigungszahlen per 31.12.2009 die Rückstellungen und damit die endgültigen Zuführungen 2009 ermittelt worden, die in das Rechnungsergebnis 2009 eingeflossen sind. Dieses Rechnungsergebnis bildete die Basis für die Kalkulation des Personalaufwandes 2010/2011. Die Höhe der tatsächlich in 2011 zu buchenden Rückstellungen und Zuführungen wurde mit den versicherungsmathematischen Gutachten vom 14.03.2012 (Altersteilzeitverpflichtungen) bzw. 26.03.2012 (Pensions- und Beihilfeverpflichtungen) ermittelt.

Im Ergebnis wird nunmehr ein Gesamtpersonalaufwand in Höhe von rd. 171,5 Mio. € ausgewiesen. Dieser Verbesserung in Höhe von rd. 12,7 Mio. € stehen allerdings Mindererträge von rd. 26,3 Mio. € gegenüber. Wie in den Vorjahren waren auch im Jahr 2011 zusätzlich Erträge in dieser Höhe aus der Auflösung von Personalarückstellungen eingeplant worden. Diese Veranschlagung war systematisch nicht korrekt und zusätzlich zu hoch (s. Ziffer 1.3.1.2.8).

1.3.1.3.3 Versorgungsaufwendungen

Für die Versorgungsaufwendungen waren für das abgelaufene Haushaltsjahr 24,0 Mio. € eingeplant worden. Mit einem Rechnungsergebnis in Höhe von 24,3 Mio. € wurde der Ansatz um 0,3 Mio. € überschritten.

1.3.1.3.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	184,9	189,8	187,5	- 2,3

Im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist es bei verschiedenen Positionen im Laufe der Bewirtschaftung zu Ansatzfortschreibungen gekommen, die im Ergebnis zu einer Erhöhung des Gesamtansatzes um 4,9 Mio. € führten. Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz ist es zu Minderaufwendungen in Höhe von rd. 1,2 % gekommen. Einige nennenswerte Positionen werden im Folgenden kurz erläutert:

Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Bei einem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von rd. 17,0 Mio. € sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 4,6 Mio. € entstanden. Diese resultieren mit 1,0 Mio. € aus der vorzeitigen verstärkten Umsetzung des Leuchten-Programms. Ein Mehraufwand von 3,3 Mio. € ist entstanden, da die Zahlungen für Pachten und für die Unterhaltung der Grünflächen anders als geplant (Planung bei Erstattungen an Sondervermögen) gebucht wurde.

Erstattungen an den Bund

Im Vergleich zur Planung wurden knapp 0,4 Mio. € weniger an den Bund erstattet. Diese Minderaufwendungen sind entstanden, da die Erstattungen im Bereich der Luftrettung anders als geplant (Planung bei sonstigen ordentlichen Aufwendungen) gebucht wurden.

Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich

Hier ist es im Vergleich zur Planung zu Mehraufwendungen in Höhe von fast 1,0 Mio. € gekommen. Ursächlich für diese Verschlechterung sind höhere Krankenhilfeleistungen nach dem AsylbLG und dem SGB XII.

Erstattungen an verbundene Unternehmen

Aufgrund einer von der Planung abweichenden Bewirtschaftung (Zuschüsse Jugendberufshilfe wurden als Transferaufwand gebucht) sind in diesem Bereich Einsparungen in Höhe von rd. 2,2 Mio. € festzustellen.

Erstattungen an Beteiligungen

Für Erstattungen an Beteiligungen war 2011 ein Betrag in Höhe von 4,8 Mio. € eingeplant. Tatsächlich ist ein Aufwand in Höhe von 4,3 Mio. € entstanden. Diese Minderaufwendungen sind entstanden, da die Erstattungen in Höhe von rd. 1,3 Mio. € an die BGW für die Bewirtschaftung der Unterkünfte anders als geplant als sonstige ordentliche Aufwendungen gebucht wurden. Dem gegenüber steht ein Mehraufwand von 0,8 Mio. € bei der Erstattung des kommunalen Finanzierungsanteils an das Jobcenter Bielefeld.

Erstattungen an Sondervermögen

Für Erstattungen an Sondervermögen waren 2011 ursprünglich 122,9 Mio. € vorgesehen; durch Fortschreibung erhöhte sich der Ansatz auf rd. 127,3 Mio. €. Im Ergebnis kam es bei den Erstattungen an Sondervermögen im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz zu einer deutlichen Einsparung in Höhe von rd. 12,3 Mio. €. Verbesserungen von 3,3 Mio. € entstehen durch die Buchung der Pachten und Unterhaltung für Grünflächen als Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens. Weitere wesentliche Verbesserungen von rd. 5,0 Mio. € ergeben sich durch Nichtverwendung von Mitteln aus der Bildungspauschale sowohl im Schulbereich (3,5 Mio. €) als auch im Jugendhilfebereich (1,5 Mio. €), welche allerdings teilweise als Zuschuss (Transferaufwand) verwendet werden. Auch viele weitere kleinere Verbesserungen ergeben sich im Wesentlichen durch Verwendung der Mittel nicht als Erstattung an Sondervermögen, sondern als Zuschusszahlung.

Erstattung Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Entgegen der Planung im Haushalt 2011 ist hier ein Aufwand in Höhe von rd. 2,0 Mio. € entstanden. Ursächlich hierfür ist die Zahlung von rd. 2,0 Mio. € im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2010 des UWB an die EBE im Rahmen der Auflösung des Sonderpostens „Gebührenaussgleich Straßenreinigung“.

Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen war ein Haushaltsansatz in Höhe von rd. 0,7 Mio. € vorgesehen. Das Rechnungsergebnis beläuft sich auf rd. 5,1 Mio. €. Der Mehraufwand von 4,4 Mio. € ergibt sich im Bereich der Erhaltung und Bewirtschaftung öffentlicher Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen (rd. 3,6 Mio. €) sowie beim BgA Boden-deponie Obersee (rd. 0,8 Mio. €), teilweise bedingt durch eine von der Planung abweichenden Bewirtschaftung.

Aufwendungen für sonstige Sachleistungen

Das Rechnungsergebnis für die Gesamtposition weist im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz eine Einsparung in Höhe von rd. 10,0 Mio. € aus. Ein Teilbetrag von knapp 6,0 Mio. € für Schülerbeförderungskosten wurde abweichend von der Haushaltsplanung als Aufwand für Verkehrsleistungen gebucht. Ganz wesentlich resultiert die Einsparung auch aus einer Verlagerung der Mittelverwendung zu Aufwendungen für Dienstleistungen, so dass dort ein Mehraufwand von rd. 4,9 Mio. € (s. u.) entsteht.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen ist es im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz zu Mehraufwand in Höhe von rd. 4,9 Mio. € gekommen. Der Mehraufwand resultiert im Wesentlichen aus einer Verlagerung der Mittelverwendung von Sachleistungen zu Dienstleistungen, darunter ein Teilbetrag von rd. 0,5 Mio. € für den Medienentwicklungsplan an Schulen (refinanziert aus der Bildungspauschale).

Aufwendungen für Verkehrsleistungen

Entgegen der Planung im Haushalt 2011 sind hier Mehraufwendungen in Höhe von knapp 6,0 Mio. € entstanden. Ursächlich hierfür ist die veränderte Buchung der Schülerbeförderungskosten, deren Ansatz sich noch unter der Aufwandsposition „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“ befindet.

1.3.1.3.5 Bilanzielle Abschreibungen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
14	Bilanzielle Abschreibungen	27,1	27,2	38,1	10,9

Soweit Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, einer regelmäßigen Abnutzung unterliegen, wird dieser Werteverzehr ergebniswirksam gem. § 35 GemH-VO NRW als bilanzielle Abschreibung erfasst.

Mit der Gründung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilienservicebetrieb, Umweltbetrieb und Informatik-Betrieb wurden auch erhebliche Vermögenswerte in diese Betriebe verlagert. Die ausgewiesenen Abschreibungen beziehen sich daher nur noch auf Vermögensgegenstände, die in der Kernverwaltung zu bilanzieren sind. Dieses sind in erster Linie Infrastruktureinrichtungen (Straßen, Wege, Plätze), Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge, die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die geringwertigen und immateriellen Wirtschaftsgüter. Allein auf das Infrastrukturvermögen entfielen in der Planung für das Haushaltsjahr 2011 Abschreibungen in Höhe von 20,1 Mio. €. Im Übrigen sind lediglich noch die Abschreibungsbeträge für Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge in Höhe von geplant 1,3 Mio. € nennenswert. Grundstücke und Beteiligungen unterliegen keiner regelmäßigen Abnutzung und werden daher nicht abgeschrieben. Das Rechnungsergebnis 2011 fällt um 10,9 Mio. € höher aus als geplant. Ursächlich hierfür sind insbesondere höhere Abschreibungen beim Infrastrukturvermögen (+ 7,6 Mio. €) durch die Neubewertung von Straßen, Wegen, Plätzen sowie bei den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen (+ 3,0 Mio. €) ausgelöst durch eine in dieser Höhe nicht geplante Abschreibung der Finanzanlage BBVG von rd. 6,7 Mio. €.

1.3.1.3.6 Transferaufwendungen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
15	Transferaufwendungen	462,9	464,2	457,7	- 6,5

Unter dieser Position, die im Rechnungsergebnis 2011 einen Minderaufwand in Höhe von rd. 6,5 Mio. € ausweist, sind Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Sozialtransferaufwendungen, Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen sowie allgemeine Umlagen veranschlagt. Diese Haushaltsverbesserung von rd. 1,4 % im Vergleich zum fortgeschriebenen Planansatz setzt sich aus folgenden zum Teil nicht unerheblichen Veränderungen zusammen:

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Die wesentlichen Aufwendungen entfielen nach den Planungen für das Jahr 2011 auf Zuweisungen und Zuschüsse an die Sondervermögen (40,2 Mio. €, fortgeschrieben = 41,3 Mio. €), an die privaten Unternehmen (40,5 Mio. €), an übrige Bereiche (54,1 Mio. €, fortgeschrieben = 54,5 Mio. €), an verbundene Unternehmen (3,2 Mio. €) und an die Beteiligungen (2,9 Mio. €). In diesen Bereichen weisen die Ergebnisse auch die bedeutendsten Abweichungen aus.

Höhere Aufwendungen sind bei Zuschüssen an verbundene Unternehmen (+ 3,5 Mio. €) unter anderem deshalb entstanden, weil die Zuschüsse der Jugendberufshilfe (2,1 Mio. €) als Transferaufwand und nicht wie geplant unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gebucht wurden. Bei Zuschüssen an Sondervermögen ist ein Mehraufwand in Höhe von 2,4 Mio. € entstanden, weil auch hier Planung und Bewirtschaftung nicht übereinstimmen (Planung als Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Buchung als Transferaufwand). Im Bereich der Zuschüsse an freie Träger für den Betrieb der Kitas waren im Haushalt 2011 als Zuschüsse an private Unternehmen 36,8 Mio. € und als Zuschüsse an übrige Bereiche

26,4 Mio. € geplant. Gezahlt wurden alle Zuschüsse aus dem sachlich korrekten Konto „Zuschüsse an übrige Bereiche und zwar insgesamt 57,8 Mio. €. Die Verbesserung von 5,4 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus der verspäteten Inbetriebnahme der neuen Plätze für die U3 Betreuung.

Sozialtransferaufwendungen

Im Bereich der Sozialhilfe wurden für 2011 Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 206,4 Mio. € eingeplant. Im Ergebnis wurden die Planansätze um rd. 6,7 Mio. € unterschritten. Diese Einsparung entspricht in etwa dem Minderaufwand bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung gem. SGB II (- 9,4 Mio. €) und bei den einmaligen Leistungen (- 1,6 Mio. €) reduziert um die Mehraufwendungen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (2,1 Mio. €), für die sozialen Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (0,9 Mio. €) und für sonstige soziale Leistungen (0,7 Mio. €). Mehraufwendungen sind außerdem für Sozialleistungen in Einrichtungen (1,4 Mio. €) entstanden, denen Minderaufwendungen bei Leistungen außerhalb von Einrichtungen nach SGB XII - überörtlicher Träger – (0,2 Mio. €) bzw. SGB VIII (0,1 Mio. €) sowie bei den Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen gem. SGB XII - überörtlicher Träger - (0,4 Mio. €) gegenüberstehen.

Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
	Gewerbesteuerumlage	15,3	15,3	15,5	0,2
	Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit	15,8	15,8	15,5	- 0,3

Allgemeine Umlagen

Hierunter fällt für die Stadt Bielefeld ausschließlich die an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe zu zahlende Landschaftsumlage. Mit 67,2 Mio. € wurde der fortgeschriebene Haushaltsansatz in Höhe von 69,4 Mio. € um 2,2 Mio. € unterschritten.

1.3.1.3.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	122,4	123,1	139,4	16,3

Im Jahre 2011 entfielen in der Planung rd. 82,9 Mio. € allein auf die Miet- und Betriebskostenzahlungen an den ISB für Verwaltungsgebäude und städtische Einrichtungen. Dieser Ansatz wird im Ergebnis leicht überschritten (RE = 83,5 Mio. €). Dagegen wird bei den Mieten an den IBB (Ansatz 12,3 Mio. €) eine Einsparung in Höhe von rd. 0,5 Mio. € ausgewiesen. Die übrigen Sachausgaben (z. B. besondere Aufwendungen für Beschäftigte, Aus- und Fortbildung, Büromaterial, sonstige Geschäftsaufwendungen) weisen im Ergebnis teilweise deutliche Abweichungen zur Planung aus, die im Saldo jedoch zu keinen nennenswerten Veränderungen führen. Ergebnis verbessernd wirken sich dagegen die Festwertfortschreibungen aus (1,5 Mio. €). Der bei der Position „Kapitalertragsteuer“ ausgewiesene Mehraufwand in Höhe von rd. 2,0 Mio. € resultiert aus der erst im Rahmen der Bewirtschaftung vorgenommenen Bruttoabbildung der entsprechenden Geschäftsvorfälle. Durch eine entsprechende Abbildung auf der Ertragsseite ergibt sich im Ergebnis eine haushaltsneutrale Wirkung.

Maßgeblich für die deutlich höheren sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind die im Laufe des Haushaltsjahres dezentral und zentral (Einzelwertberichtigung) vorgenommenen Wertberichtigungen von Forderungen. Diese schlagen in Summe mit rd. 13,3 Mio. € zu Buche.

Diesen Ist-Ergebnissen standen im Haushaltsplan 2011 Planansätze in Höhe von lediglich 2,0 Mio. € gegenüber. Darüber hinaus entstanden durch Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten Mehraufwendungen in Höhe von rd. 4,5 Mio. €.

1.3.1.4 Finanzergebnis

	Gesamtergebnisrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
19	Finanzerträge	23,5	23,5	25,9	2,4
20	Zinsen und sonstige Finanz- aufwendungen	12,7	12,7	9,8	2,9
21	Finanzergebnis	10,8	10,8	16,1	5,3

Die Verbesserung auf der Ertragsseite in Höhe von rd. 2,4 Mio. € ergibt sich aus höheren Gewinnabführungen von Beteiligungen (0,7 Mio. €) und von Sondervermögen (0,2 Mio. €) sowie aus höheren Zinserträgen. Auf der Aufwandsseite sind aufgrund der günstigen Zinsentwicklung Minderaufwendungen insbesondere für Kredite zur Liquiditätssicherung zu verzeichnen.

1.3.2 Finanzrechnung

1.3.2.1 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

1.3.2.1.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

	Gesamtfinanzrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
01	Steuern und ähnliche Abgaben	375,2	375,2	384,8	9,6
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	192,3	193,9	233,9	40,0
03	Sonstige Transfereinzahlungen	8,3	8,3	9,4	1,1
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	134,2	134,2	139,6	5,4
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,2	6,3	7,1	0,8
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63,8	63,7	70,1	6,4
07	Sonstige Einzahlungen	35,9	35,9	44,8	8,9
08	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	23,5	23,5	24,7	1,2
09	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	839,4	841,0	914,4	73,4

Steuern und ähnliche Abgaben

Im Bereich der konsumtiven Einzahlungen sind bei den Steuern und ähnlichen Abgaben bei allen Steuerarten Mehreinzahlungen festzustellen. Die Gewerbesteuer ist gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 190,5 Mio. € mit 192,7 Mio. € um rd. 2,2 Mio. € höher ausgefallen. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beläuft sich die Verbesserung auf rd. 3,6 Mio. €. Bemerkenswert sind darüber hinaus die Mehreinnahmen in Höhe von jeweils 0,8 Mio. € beim Anteil an der Umsatzsteuer und bei der Vergnügungssteuer.

Lediglich die geplanten Einnahmen in Höhe von 1,0 Mio. € aus der Übernachtungssteuer/Kulturabgabe sind ausgeblieben, da von der Umsetzung der Maßnahme abgesehen wurde.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Eine spürbare Mehreinzahlung in Höhe von 25,2 Mio. € ergibt sich bei den Schlüsselzuweisungen (vgl. Ausführungen zur Ergebnisrechnung). Eine weitere deutliche positive Abweichung in Höhe von 13,3 Mio. € ist bei den Zuweisungen vom Land festzustellen.

Sonstige Transfereinzahlungen

Die hier ausgewiesene Verbesserung in Höhe von rd. 1,1 Mio. € resultiert aus Mehreinnahmen bei verschiedenen Ersatzleistungen im Bereich der sozialen Leistungen.

Öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Leistungsentgelte

Der Verbesserung bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten liegen ausschließlich höhere Einzahlungen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten zu Grunde. Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten ist eine negative Abweichung bei den Einzahlungen aus Mieten und Pachten (- 0,5 Mio. €) zu verzeichnen, die durch Mehreinzahlungen bei den sonstigen Leistungsentgelten in Höhe von 1,3 Mio. € mehr als ausgeglichen wird.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung von 63,8 Mio. € Mehreinzahlungen in Höhe von rd. 6,4 Mio. € zu verzeichnen. Diese ergeben sich aus einer höheren Bundesbeteiligung für die Leistungen für Unterkunft und Heizung (8,4 Mio. €) und weiteren Mehreinnahmen bei Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (1,3 Mio. €). Geschmälert werden diese Verbesserungen durch verschiedene Mindererträge in anderen Erstattungspositionen.

1.3.2.1.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

	Gesamtfinanzrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
10	Personalauszahlungen	141,8	142,6	144,1	1,5
11	Versorgungsauszahlungen	24,0	24,0	24,3	0,3
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	190,7	195,6	191,3	- 4,3
13	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	13,1	13,1	10,1	- 3,0
14	Transferauszahlungen	459,7	461,0	443,5	- 17,5
15	Sonstige Auszahlungen	120,2	121,0	120,4	- 0,6
16	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	949,5	957,3	933,7	- 23,6

Personalauszahlungen

Im Bereich der konsumtiven Auszahlungen sind um 1,5 Mio. € höhere Personalauszahlungen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 142,6 Mio. € zu verzeichnen.

Versorgungsauszahlungen

Bei den Versorgungsauszahlungen liegen die Ist-Auszahlungen in Höhe von 24,3 Mio. € mit 0,3 Mio. € über dem Ansatz von 24,0 Mio. €.

Im Ergebnis werden die Mehrauszahlungen im Bereich Personal durch Einsparungen bei den übrigen konsumtiven Auszahlungen (Sach- und Dienstleistungen, Zinsen und Transferauszahlungen) mehr als kompensiert.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 191,3 Mio. € um 4,3 Mio. € unter dem fortgeschriebenen Planwert in Höhe von 195,6 Mio. €. Die Abweichung spiegelt zum einen die Verbesserung in der Ergebnisrechnung (2,4 Mio. €) wider. Zusätzlich wurden in der Finanzrechnung noch Auszahlungen in Höhe von rd. 5,8 Mio. € aus der Bewirtschaftung von Rückstellungen (Instandhaltungsrückstellung, Deponienachsorge) eingeplant, die lediglich in Höhe von rd. 4,0 Mio. € tatsächlich zahlungswirksam geworden sind.

Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen sind gegenüber der fortgeschriebenen Planung in Höhe von 13,1 Mio. € mit 10,1 Mio. € um 3,0 Mio. € deutlich niedriger ausgefallen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die günstige Zinsentwicklung im abgelaufenen Haushaltsjahr.

Transferauszahlungen

Im Bereich der Transferauszahlungen sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 461,0 Mio. € mit 443,5 Mio. € rückläufige Auszahlungen von 17,5 Mio. € zu verzeichnen. Damit ergeben sich in der Finanzrechnung um 11,0 Mio. € höhere Einsparungen als in der Ergebnisrechnung. Ursächlich hierfür sind Auszahlungen insbesondere an die Sondervermögen (rd. 8,0 Mio. €), die erst Anfang 2012 geflossen sind, als Aufwand aber noch dem Jahre 2011 zuzurechnen waren.

Sonstige Auszahlungen

Bei den sonstigen Auszahlungen ergeben sich Minderauszahlungen in Höhe von 0,6 Mio. € gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert von 121,0 Mio. €. Diese Abweichung in Höhe von knapp 0,5 % auf den Gesamtansatz ergibt sich aus einer Vielzahl positiver und negativer Veränderungen auf den Einzelkonten.

1.3.2.1.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

	Gesamtfinanzrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
17	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 110,1	- 116,3	- 19,3	97,0

Das Ergebnis beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit liegt mit – 19,3 Mio. € um 97,0 Mio. € unter dem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von – 116,3 Mio. €. Diese Unterschreitung des geplanten negativen Saldos beruht somit auf Mehreinzahlungen (73,4 Mio. €) und auf Minderauszahlungen (23,6 Mio. €).

1.3.2.2 Investitionen und Finanzierung

1.3.2.2.1 Gesamtübersicht

Wie sich im Bereich der städtischen Investitionen die Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnis gegenüber der Planung entwickelt haben, zeigt zunächst die folgende Gesamtübersicht:

	Gesamtfinanzrechnung (in Mio. €) <u>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</u>	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
18	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	17,8	22,7	21,7	- 1,0
19	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,0	0,0	0,1	0,1
20	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0
21	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	1,1	1,1	1,4	0,3
22	Sonstige Investitionseinzahlungen	4,4	4,4	5,1	0,7
23	Gesamteinzahlungen	23,3	28,2	28,3	0,1
	<u>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</u>				
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,1	0,3	0,1	0,2
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	14,1	15,0	6,2	8,8
26	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	5,1	6,2	4,3	1,9
27	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	8,1	8,1	7,0	1,1
28	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	4,2	7,0	11,9	- 4,9
29	Sonstige Investitionsauszahlungen	3,8	3,8	4,0	- 0,2
30	Gesamtauszahlungen	35,4	40,4	33,5	6,9
31	Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeile 23./30)	- 12,1	- 12,2	- 5,2	7,0

Aus dieser zusammenfassenden Übersicht wird deutlich, dass die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Saldo annähernd den fortgeschriebenen Planansätzen entsprechen, während die Auszahlungen im Ergebnis deutlich geringer ausfallen.

Nachfolgend werden die in den einzelnen Zeilen der investiven Gesamtfinanzrechnung zusammengefassten Ein- und Auszahlungen näher erläutert und die **wesentlichen** Abweichungen zwischen der fortgeschriebenen Planung und dem Ergebnis 2011 analysiert.

1.3.2.2.2 Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Der weitaus größte Anteil der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit entfällt auf die Zuwendungen.

In den dort dargestellten Gesamtsummen sind alle Zuweisungen und Zuschüsse enthalten, die von dritter Seite zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden.

In erster Linie sind dies **zweckgebundene Zuwendungen** des Bundes und des Landes für die in den einzelnen Teilfinanzplänen bewirtschafteten Investitionsmaßnahmen. Den größten Anteil haben hier wiederum der Infrastruktur- und der Stadterneuerungsbereich, in dem nach wie vor Fördermittel entsprechend dem Realisierungsstand der jeweiligen Zuwendungsmaßnahme vereinnahmt werden konnten.

Schließlich sind in dem ausgewiesenen Gesamtergebnis auch die **pauschalen Zuweisungen** des Landes nach Maßgabe der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen für investive Zwecke enthalten.

Mit Ausnahme der pauschalierten Zuweisungen ist die Höhe der tatsächlich von den überörtlichen und privaten Geldgebern gezahlten Zuwendungen sehr stark abhängig vom Ablauf der geförderten Maßnahme. Wenn der tatsächliche Bau-/Maßnahmenablauf und die daraus resultierenden kassenwirksamen Auszahlungen nicht den Erwartungen entsprechen, wie sie noch bei der Planung und der Ansatzgestaltung unterstellt wurden, gehen auch die anteiligen objektbezogenen Einzahlungen zurück.

Auf der anderen Seite besteht aufgrund der Abhängigkeiten vom jeweiligen Realisierungsstand einer Maßnahme natürlich auch die Möglichkeit, bei unerwartet zügigem Bau- bzw. Maßnahmenablauf entsprechend höhere anteilige Zuweisungen, Zuschüsse oder Spendenmittel beim jeweiligen Geldgeber abzurufen. Die moderate negative Abweichung in Höhe von 1,0 Mio. € im Jahresergebnis zeigt, dass Maßnahmeverlauf und Mittelzufluss im Wesentlichen im Wesentlichen erwartungsgemäß verlaufen sind.

1.3.2.2.3 Veräußerung von Sachanlagen

In diesem Teil der investiven Finanzrechnung werden die durch tatsächliche Verkäufe erzielten Erlöse aus dem Verkauf des städtischen Anlagevermögens ausgewiesen.

1.3.2.2.4 Beiträge und Entgelte

Nachgewiesen werden hier die Einzahlungen von Beitragspflichtigen, die sich aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen (Baugesetzbuch, Kommunalabgabengesetz oder ortsrechtlichen Regelungen) an den Herstellungskosten investiver Maßnahmen beteiligen müssen. Im Ergebnis sind bei dieser Position Mehreinzahlungen aus Erschließungsbeiträgen in Höhe von rd. 0,3 Mio. € festzustellen.

1.3.2.2.5 Sonstige Investitionseinzahlungen

Die hier ausgewiesenen Mehreinzahlungen in Höhe von rd. 0,7 Mio. € resultieren aus höheren Rückflüssen von Ausleihungen. Im Haushalt 2011 wurden die Rückflüsse aus den gewährten Wohnungsbaudarlehen planerisch nicht berücksichtigt.

1.3.2.2.6 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Der hier geplante Ansatz in Höhe von 0,3 Mio. € wurde in Höhe von lediglich 0,1 Mio. € in Anspruch genommen.

1.3.2.2.7 Baumaßnahmen

Durch die seit 1998 auf den ISB (Hochbau) und den UWB (Kanäle) ausgelagerten Aufgabenbereiche sind hier überwiegend nur noch die investiven Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen aller Art (insbesondere Straßenbau und Wasserbaumaßnahmen) erfasst. Der fortgeschriebene Ansatz von 15,0 Mio. € wurde im Ergebnis um 8,8 Mio. € unterschritten. Die Verbesserungen ergeben sich beim Umweltamt, beim Bauamt und beim Amt für Verkehr. Beim Umweltamt sind es rd. 600 T € (aus vier Einzelmaßnahmen), diesen stehen Mindereinzahlungen bei den Zuschüssen von rd. 320 T € gegenüber. Die Maßnahmen sind teil-

weise günstiger geworden, teilweise hat sich auch der Baufortschritt verzögert. Beim Bauamt beträgt die Verbesserung 5,1 Mio. € (500 T € aus Stadtumbau West Bethel und 4,6 Mio. € aus dem Umbau Kesselbrink), dieser stehen Mindereinzahlungen von 5,05 Mio. € (450 T € bzw. 4,6 Mio. €) gegenüber. Mit Bethel wurde noch nicht begonnen, der Kesselbrink hat sich verzögert. Beim Amt für Verkehr beträgt die Verbesserung rd. 1,9 Mio. € und resultiert aus kleinen Einsparungen bei vielen Einzelmaßnahmen sowie „übrig gebliebenen Beträgen“, die nicht übertragen wurden, weil die entsprechenden Zuschüsse oder Beiträge nicht eingegangen sind (so z. B. rd. 1 Mio. € bei der Detmolder Straße). In diesen Fällen wird immer unterstellt, dass die Finanzierung im Jahr des Zuschusseinganges durch die Mehreinzahlung (ermächtigt zu Mehrauszahlungen) erfolgt.

Darüber hinaus wurden im Umweltamt bei der Grundwassersanierung 75 T € eingespart. Mit der Maßnahme Forellenbach wurde nicht begonnen; sie wird für spätere Jahre wieder eingeplant. Der Verbesserung beim Forellenbach von rd. 584 T € stehen allerdings Mindereinzahlungen von 466 T € gegenüber.

1.3.2.2.8 Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Hierzu gehören die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Im Rahmen der Haushaltsplanführung ergeben sich bei dieser Position fast zwangsläufig immer wieder Abweichungen von der Haushaltsplanung. Im Jahre 2011 ist es bei einem fortgeschriebenen Ansatz von 6,2 Mio. € zu einer Einsparung in Höhe von fast 1,9 Mio. € gekommen.

1.3.2.2.9 Erwerb von Finanzanlagen

Dieser Ansatz wurde um 1,1 Mio. € unterschritten. Diese Veränderung beruht auf einem Geschäftsvorfall, der zwar investiv geplant aber konsumtiv gebucht wurde (Erwerb von Beteiligungen WEGE).

1.3.2.2.10 Aktivierbare Zuwendungen

Investitionsmaßnahmen an fremde Dritte können im NKF nur dann als investive (und damit bilanziell aktivierbare) Auszahlung geplant und veranschlagt werden, wenn die Stadt an dem Anlagegut entweder direkt wirtschaftliches Eigentum oder ein eigentumsähnliches Recht erwirbt. In diesem Zusammenhang nennenswert sind die Zuschüsse an Dritte für den Ausbau von U3-Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten (4,52 Mio. €, weitere 1,96 Mio. € wurden an das Land zurückgezahlt), der Zuschuss aus Stadterneuerungsmitteln an die Stiftung Solidarität für den Umbau und die Erweiterung einer ehemaligen Lagerhalle zu einem Kultur- und Kommunikationszentrum in Sieker (0,53 Mio. €), der Zuschuss an die Stadtwerke (Bitel) für die neue Telefonanlage (0,52 Mio. €), Zuschüsse an Sportvereine aus der Sportpauschale (0,53 Mio. €) sowie die Investitionskostenzuschüsse aus KP II-Mitteln an das Berufskolleg Bethel (0,7 Mio. €), den Kirchenkreis (0,6 Mio. €) und den TUS Ost (1,04 Mio. €). In der Jahresrechnung 2011 wird insgesamt ein Ergebnis in Höhe von rd. 11,9 Mio. € ausgewiesen, das den fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 7 Mio. € um 4,9 Mio. € überschreitet. Die Mehrauszahlungen wurden durch entsprechende Mehreinzahlungen von zweckgebundenen Zuwendungen bei einzelnen Maßnahmen ermöglicht.

1.3.2.2.11 Investitionsschwerpunkte

Durch die Ausgliederung großer Aufgabenfelder (Immobilien, Entsorgung, Informatik, Theater) in eigenständige Organisationseinheiten (ISB, UWB, IBB, Bühnen und Orchester) hat sich die Investitionsplanung des städtischen Kernhaushalts in den letzten 10 Jahren stark verändert und erheblich reduziert.

Mit den nunmehr rechtlich vorgeschriebenen Zuordnungsregeln zwischen konsumtiven Erträgen und Aufwendungen sowie investiven Ein- und Auszahlungen haben sich die Schwerpunkte der investiven Planung im Wesentlichen auf die aktivierbaren Beschaffungen für die städtischen Einrichtungen und den Herstellungsaufwand im Bereich der Infrastruktur (Straßen- und Wasserbau) verlagert. Neben den unter Ziff. 1.3.2.2.10 genannten Investitionsmaßnahmen wurden im Jahre 2011 zahlreiche Straßenbaumaßnahmen durchgeführt. Zu nennen sind hier die Detmolder Straße (rd. 1,041 Mio. €), zwei Abschnitte der Gütersloher Straße (rd. 0,536 Mio. €), verschiedene Maßnahmen aus der ÖPNV-Pauschale (rd. 0,330 Mio. €) sowie der Haltepunkt Wächterstraße Bielefeld-Senne (0,477 Mio. €). Weitere größere Straßenbaumaßnahmen wurden am Karl-Siebold-Weg, dem Kreisel Enniskillener Straße, der Stapenhorststraße, der Wilhelmsdorfer Straße und der Brückenstraße durchgeführt. Die Bodendeponie Obersee verursachte 2011 Auszahlungen in Höhe von rd. 0,164 Mio. €; dazu kommen noch weitere rd. 0,334 Mio. € für das Rückhaltebecken Stieghorster Bach.

1.3.2.2.12 Planfortschreibungen

Der Tatsache, dass bei der Abwicklung von längerfristigen Investitionen zwangsläufig sehr häufig Abweichungen zwischen Planzahlen und tatsächlichem Ist-Ergebnis vorkommen, hat der Gesetzgeber mit den Regelungen im § 22 GemHVO NRW Rechnung getragen. Auf dieser gesetzlichen Grundlage besteht die Möglichkeit, die zum Stichtag 31.12. noch nicht tatsächlich kassenwirksam gewordenen Haushaltsermächtigungen im Rahmen einer sog. Planfortschreibung in das nächste Jahr zu übertragen. Somit können die im Zusammenhang mit der Durchführung einer Investitionsmaßnahme am Jahresende zwar noch nicht bezahlten, aber z.B. durch entsprechende Auftragsverpflichtungen bereits gebundenen Haushaltsmittel für die spätere kassenwirksame Abwicklung weiterhin zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt auch, wenn verbindliche Grundlagen für veranschlagte aber noch nicht eingegangene investive Einzahlungen weiterhin als Finanzierungsanteile eingesetzt werden können.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten ist insbesondere auch im Sinne einer finanzwirtschaftlich sinnvollen Weiterführung der begonnenen Investitionsmaßnahmen von den Möglichkeiten der Ermächtigungsübertragungen und der damit verbundenen Planfortschreibungen Gebrauch gemacht worden. So wurden bei einer Vielzahl von investiven Maßnahmen vornehmlich aufgrund der bis zum 31.12.2011 nicht mehr kassenwirksam gewordenen (Auftrags-)Verpflichtungen, Planfortschreibungen auf die **Auszahlungsbudgets** 2012 in Höhe von insgesamt rd. 16,4 Mio. € vorgenommen.

Da die Planfortschreibungen die bereits vom Rat der Stadt beschlossenen ursprünglichen Ansätze des Jahres 2012 erhöhen, wird der Rat nach § 22 Absatz 4 GemHVO NRW über die Einzelmaßnahmen unterrichtet.

1.3.2.2.13 Kreditaufnahmen für Investitionen

Kreditaufnahmen für Investitionen waren im Haushaltsplan 2011 in Höhe von 6,307 Mio. € vorgesehen. Diese Ermächtigung wurde in voller Höhe in Anspruch genommen.

1.3.2.3 Finanzierungstätigkeit

	Gesamtfinanzrechnung (in Mio. €)	Ansatz 2011	fortgeschriebener Ansatz 2011	Ergebnis	Differenz
	<u>Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit</u>				
33	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	6,3	6,3	191,7	185,4
34	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung			1.024,4	1.024,4
	<u>Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit</u>				
35	Tilgung und Gewährung von Darlehen	2,4	2,4	177,7	175,3
36	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung			999,7	999,7
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3,9	3,9	38,7	34,8

Im Haushaltsjahr 2011 erfolgten im Kernhaushalt Kreditaufnahmen für Investitionen im Rahmen der für 2011 in der Satzung verankerten Ermächtigung in Höhe von rd. 6,3 Mio. €. Umschuldungen für das Jahr 2011 im Volumen von insgesamt 37.890.470 € wurden teilweise bereits im Herbst 2010 vorgenommen.

Die deutlichen Abweichungen bei den **Rückflüssen und der Gewährung von Darlehen (Zeilen 33 und 35)** resultieren daraus, dass hier auch die Zu- und Abflüsse der Liquiditätskredite innerhalb des Liquiditätsverbundes mit den Sondervermögen dargestellt werden.

Zur Finanzierungstätigkeit gehören auch die **Kredite zur Liquiditätssicherung**, die bei der Haushaltsplanung im Finanzplan aber nicht berücksichtigt werden, weil diese Kreditmittel keine haushaltsmäßigen Finanzierungsmittel, sondern nur zahlungswirksame „Betriebsmittel“ zur Liquiditätssicherung darstellen. Lediglich der Höchstbetrag zur Aufnahme dieser Kredite wird in der Haushaltssatzung festgesetzt.

In der Finanzrechnung sind sie allerdings nachzuweisen. Das Ergebnis 2011 beträgt:

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.024,4 Mio. €
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	999,7 Mio. €

Die Differenz zwischen der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung und der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung ergibt die im Haushaltsjahr 2011 zusätzlich aufgenommenen Liquiditätskredite. Das bedeutet, dass gegenüber dem Vorjahr (2010) insgesamt 24,7 Mio. € mehr an Liquiditätskrediten aufgenommen wurden. Dies ist in erster Linie der auch 2011 nach wie vor schwierigen Haushaltslage geschuldet, wenngleich der Betrag an zusätzlich aufgenommenen Liquiditätskrediten nicht deckungsgleich mit dem Jahresdefizit ist. Hierfür wiederum sind die NKF-bedingten Unterschiede zwischen der Ergebnis- und der Finanzrechnung verantwortlich. Die relativ geringe Steigerung bei den Liquiditätskrediten spiegelt auch das deutlich bessere Ergebnis wider.

1.3.2.4 Liquiditätsentwicklung

Die Kassenlage war auch im Jahr 2011 ein Spiegelbild der Haushaltssituation der Stadt Bielefeld. Wie in den Jahren zuvor konnte die Liquidität der Stadtkasse nur durch permanente Aufnahme von Kassenkrediten aufrechterhalten werden. Der in § 5 der Haushaltssatzung 2011 festgelegte Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von 700 Mio. € musste allerdings bei Weitem nicht in Anspruch genommen werden.

1.4 Vermögens- und Schuldenlage

Am 31.12.2011 beträgt die Bilanzsumme rd. 2.438,4 Mio. €. und verringert sich gegenüber dem Stand der Schlussbilanz zum 31.12.2010 (2.452,1 Mio. €) um rd. 13,7 Mio. €. Die Aktivseite der Bilanz stellt sich am 31.12.2011 im Vergleich zur Schlussbilanz verkürzt wie folgt dar:

Bilanz (in Mio. €)	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2010
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,1
Sachanlagen	878,9	893,8
Finanzanlagen	1.405,8	1.406,9
Umlaufvermögen		
Vorräte	0,0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	94,8	97,4
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0
Liquide Mittel	5,1	2,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	53,7	51,2
Summe Vermögen	2.438,4	2.452,1

Der in der Schlussbilanz zum 31.12.2011 ausgewiesene Vermögensbestand hat sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2010 um rd. 13,7 Mio. € verringert. Hinweise zu den Ursachen ergeben sich aus den Erläuterungen im Anhang.

Bilanz (in Mio. €)	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2010
Passiva		
Eigenkapital	697,5	823,8
Sonderposten	425,0	418,0
Rückstellungen	711,9	647,4
Verbindlichkeiten	565,7	531,6
Passive Rechnungsabgrenzung	38,3	31,3
Summe Kapital	2.438,4	2.452,1

Das Eigenkapital ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktivseite der Bilanz) sowie den Sonderposten, Schulden und der Rechnungsabgrenzung. Es beträgt am Bilanzstichtag 31.12.2011 = 697,5 Mio. € und setzt sich zusammen aus der allgemeinen Rücklage von 825,8 Mio. €, den Sonderrücklagen in Höhe von 17,8 Mio. € und der Ausgleichsrücklage von 206,9 Mio. € sowie den Jahresfehlbeträgen 2009 von 154,0 Mio. €, 2010 von 117,6 Mio. € und dem Jahresfehlbetrag 2011 in Höhe von 81,4 Mio. €. Die Eigenkapitalquote hat einen Wert von 28,6 %.

Die Sonderposten weisen auf der Passivseite vereinnahmte Mittel der Gemeinde für zweckentsprechend verwendete Investitionen aus. Die Entwicklung der Sonderposten steht im Zusammenhang mit den Zu- und Abgängen zuwendungsfinanzierter Vermögensgegenstände sowie der entsprechend der Abschreibung anfallenden ertragswirksamen Auflösung der Sonderposten. Der Anstieg der Sonderposten im Haushaltsjahr 2011 von rd. 7,0 Mio. € ist darin begründet, dass die Zugänge höher sind als die Abgänge und die ertragswirksame Auflösung.

Bei den langfristigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Kredite für Investitionen (51,5 Mio. €). Sie haben sich gegenüber den Vergleichswerten aus der Eröffnungsbilanz sowie der Schlussbilanz 2010 leicht zunehmend entwickelt, da 2011 erstmalig wieder eine Kreditneuaufnahme erforderlich war. Die Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung betragen 424,6 Mio. € und sind um 14,5 Mio. € angestiegen (s. Erläuterungen unter Ziffer 2.3.7.2).

1.5 Chancen und Risiken/Vorgänge von besonderer Bedeutung

Der Bielefelder Doppelhaushalt 2010/2011 war zum Zeitpunkt seiner Aufstellung noch geprägt von der konjunkturellen Entwicklung des Vorjahres mit drastischen Einbrüchen bei der Gewerbesteuer in Höhe von rd. 95 Mio. € im Vergleich zum Jahresergebnis 2008.

Der Einbruch der Steuereinnahmen hatte die Stadt Bielefeld im Jahre 2009 überdurchschnittlich getroffen. Im Prozess der Haushaltsplanaufstellung 2010/2011 wurde schnell deutlich, dass das aufzustellende Haushaltssicherungskonzept trotz einer zu erwartenden leichten konjunkturellen Erholung nicht genehmigungsfähig sein würde. Die sich abzeichnenden Fehlbeträge in Höhe von weit über 100 Mio. €/jährlich wurden daher auch nur teilweise als strukturelles Problem der Stadt Bielefeld anerkannt. Folgerichtig wurde ab März 2010 ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet, mit welchem spätestens ab 2014 eine nachhaltige Haushaltsentlastung in Höhe von 40 Mio. € erzielt werden soll. Während die Planungsszenarien im Doppelhaushalt 2010/2011 trotzdem auf Dauer eher eine Überschuldung der Stadt befürchten ließen, konnte die Stadt mit dem Haushalt 2012 wieder ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen, da ein Haushaltsausgleich innerhalb des neuen gesetzlich vorgesehenen Konsolidierungszeitraums von 10 Jahren dargestellt werden konnte.

Die erfreulichen Einnahmen aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes haben – zumindest bis Ende 2011 vorübergehend - die Investitionsfähigkeit der Stadt gestärkt, führen aber nicht zu einer strukturellen Verbesserung der Finanzlage und zu einer Hilfe bei der Haushaltskonsolidierung. Allerdings werden aufgrund der dem Konjunkturpaket II zugrundeliegenden Nachhaltigkeitseffekte auf Dauer haushaltsentlastende Wirkungen (z.B. durch energetische Sanierungen/Verbesserung der Gebäudesubstanz) erwartet.

Im Zusammenhang mit der Abwicklung des Konjunkturprogramms II muss im Übrigen auch bedacht werden, dass das Land NRW **ab 2012** den vorfinanzierten 12,5%-igen kommunalen Eigenanteil zurückfordern wird. Die Rückzahlung soll nach Maßgabe der landesgesetzlichen Bestimmungen in einem Zeitraum von 10 Jahren ratierlich durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (z.B. bei der allgemeinen Investitionspauschale) erfolgen.

1.5.1 Gewerbesteuerentwicklung

Aufgrund der nicht absehbaren weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich massiv auf die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden ausgewirkt hat, ist eine verlässliche Prognose der weiteren Entwicklung schwierig. Nach Ansicht des Arbeitskreises Steuerschätzung, die auf den aktuellen Konjunkturprognosen und der Projektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung basiert, war ab 2010 mit einer Stabilisierung der Steuererträge - wenn auch auf niedrigerem Niveau - zu rechnen. Ab 2011 war eine konjunkturelle Erholung zu erwarten, die sich auch in ansteigenden Steuererträgen zeigen sollte.

Auf Grundlage der Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung, der aktuellen Orientierungsdaten sowie der Berücksichtigung der bekannten Sondereffekte, wurden im Doppelhaushaltsplan 2010/2011 für die Folgejahre folgende Gewerbesteuern angenommen:

2011 = 190,5 Mio. €
 2012 = 208,2 Mio. €
 2013 = 218,7 Mio. €
 2014 = 229,6 Mio. €

Die heute bereits vorliegenden Erkenntnisse bestätigen diese Erwartungen nur eingeschränkt. Nach einer positiven Entwicklung im Haushaltsjahr 2011 mit Mehrerträgen gegenüber dem Ansatz in Höhe von rd. 12,0 Mio. € brutto mussten für 2012 – trotz einer Hebesatzerhöhung – wieder rückläufige Steuererträge festgestellt werden (vorl. RE 189,1 Mio. €).

Die Planungen ab 2013 erfolgten unter Berücksichtigung einer weiteren Hebesatzerhöhung etwas verhaltener. Die aktuellen Entwicklungen bestätigen jedoch weiterhin die Einschätzung, dass die tatsächliche Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens schwer vorhersehbar und mit Risiken behaftet ist.

1.5.2 Kredite und Zinsen

Durch die zu erwartende Haushaltsentwicklung könnte sich die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung in 2012 nach der jetzigen Prognose auf rd. 700 Mio. € steigern. Neben einem deutlichen Anstieg der Kredite zur Liquiditätssicherung ist in den kommenden Haushaltsjahren auch ein höheres Zinsniveau nicht ausgeschlossen. Im Finanzplanungszeitraum wird aktuell zwar noch mit eher moderaten Zinsentwicklungen kalkuliert, jedoch wirken sich auch diese schon spürbar aus. Um diesen Entwicklungen soweit wie möglich entgegen zu treten, hat die Stadt Bielefeld inzwischen ein aktives Zins- und Schuldenmanagement etabliert.

Nach den Planungen für den Haushalt 2013 werden sich die Zinsaufwendungen für die Jahre 2013 bis 2016 voraussichtlich wie folgt darstellen:

2013 = 15,2 Mio. €
 2014 = 19,9 Mio. €
 2015 = 24,8 Mio. €
 2016 = 27,4 Mio. €

An diesen Zahlen ist deutlich zu erkennen, dass in der Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung ein erhebliches Haushaltsrisiko liegt. Bei einem hohen Kreditvolumen wirken sich selbst marginal erscheinende Zinserhöhungen spürbar aus.

Auch bei den Investitionskrediten wird perspektivisch ein steigendes Zinsniveau nicht ausgeschlossen. Aufgrund des verhältnismäßig geringen Volumens im Kernhaushalt und der zukünftig zu erwartenden Einschränkungen in der Investitionstätigkeit und in den Kreditierungsmöglichkeiten erscheint das Risiko hier allerdings noch überschaubar.

1.5.3 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Einen wesentlichen Faktor der kommunalen Aufwendungen stellt der Personalbereich dar. Aufgrund der vorgesehenen Besoldungs- und Tarifierhöhungen sind in dieser Aufwandsposition Aufwüchse nur schwer vermeidbar. Daneben spielen zusätzliche Personalbedarfe eine Rolle, die z. B. als Folgewirkungen des Kinderbildungsgesetzes mit dem darin verankerten umfassenden Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren entstehen oder die für einen sukzessiven Abbau von Mehrarbeitsschichten bei der Feuerwehr notwendig werden, die nach Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung in 2007 (Verkürzung der Arbeitszeit) aufgelaufen sind. Gegensteuerungsmaßnahmen sind wesentlicher Bestandteil der Haushaltskonsolidierungsüberlegungen.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit jedes Jahr aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens erfolgen, dessen Ergebnisse im Vorfeld nicht exakt eingeschätzt werden können.

1.5.4 Entwicklung der Sozialtransferleistungen

Als Folge der Weltwirtschaftskrise haben sich im Jahre 2009 nicht nur weg brechende Steuererträge bemerkbar gemacht, sondern durch steigende Arbeitslosenzahlen auch höhere Kosten für soziale Transferleistungen. Im Jahre 2011 haben sich bereits die Auswirkungen

der konjunkturellen Erholung gezeigt. Die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung lagen mit rd. 2,7 Mio. € unter dem Rechnungsergebnis 2010. Für 2012 und 2013 werden nur leichte Anstiege erwartet. Im Hinblick auf die nicht vorhersehbaren konjunkturellen Entwicklungen beinhalten die Sozialtransferaufwendungen trotzdem - auch aufgrund ihrer absoluten Höhe - ein großes Risikopotential.

Das schon vom Grundsatz her hohe Niveau der sozialen Transferleistungen kann dauerhaft nur durch eigene strukturelle Maßnahmen und durch zusätzliche Einflüsse von außen (z. B. Kostenübernahme durch den Bund) spürbar reduziert werden.

1.5.5 Stadtentwicklung

Auch unter schwierigen haushaltsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die erfolgreich eingeleitete Stadtentwicklung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten weiterzuführen sein. In Kooperation mit privaten Investoren und städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften haben die Stadt und ihre eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in diesem Zusammenhang daher mit einer Reihe von geplanten bzw. bereits in der Realisierungsphase befindlichen Projekten und Großmaßnahmen die Grundlagen für eine kontinuierlich positiv verlaufende Stadterneuerung und attraktive Entwicklung der städtischen Lebensräume geschaffen. Neben den bereits laufenden Stadtumbauprojekten gehören hierzu u. a. der weitere Ausbau von U3- Betreuungsplätzen, die Errichtung eines technischen Dienstleistungszentrums sowie die Sanierung des Kesselbrinks.

1.5.6 Auswirkungen der Schuldenbremse von Bund und Länder auf die Kommunen

Die dauerhaft angespannte Haushaltslage bildet auch weiterhin eine besondere Herausforderung für die Kommunen. Insbesondere die Kredite zur Liquiditätssicherung haben im Zeitablauf deutlich zugenommen. In vielen Regionen Deutschlands und insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich ein dramatisches Bild der kommunalen Haushaltssituation.

Mit der Ratifizierung der schuldenbegrenzenden Regelungen im Jahr 2009 versucht der Gesetzgeber auf die exorbitante Staatsverschuldung zumindest auf Bundes- und Länderebene zu reagieren. Zwar beziehen sich die diesbezüglich wichtigen Grundgesetzartikel nur auf den Bund und die Länder; es ist jedoch anzunehmen, dass die Kommunen als Teile der Länder unmittelbare Auswirkungen durch diese Verfassungsänderung zu erwarten haben. Insbesondere die Einsparungen der Länder werden auf die Haushalte der Gemeinden abstrahlen. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich durch das strikte Nullverschuldungsgebot der Länder ab 2020 die kommunale Investitionsfinanzierung wandeln wird. Ferner kann davon ausgegangen werden, dass die Länder geneigt sind, die Aufgabenwahrnehmung in bestimmten Bereichen auf die Kommunen zu verlagern, um die Länderhaushalte zu entlasten. So erwartet auch der Deutsche Städtetag, dass sich die Länder auf Kosten ihrer Kommunen z. B. durch Kürzung der Städtebauförderung oder der kommunalen Förderprogramme fiskalisch sanieren werden, um die Schuldenbremse einzuhalten. Ähnlich argumentiert der Bund der Steuerzahler. Dieser erwartet, dass die Kommunen noch stärker in Kredite zur Liquiditätssicherung flüchten könnten, da eine Aufgabenverlagerung vom Land zur Kommune im Zuge der Schuldenbremse zu erwarten ist.

Die Stadt Bielefeld teilt die beschriebene Einschätzung hinsichtlich der möglichen Auswirkungen der Schuldenbremse. Konkrete Folgen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht benannt werden; die kommenden Jahre werden zeigen, inwieweit die dargestellten Risiken tatsächlich eintreten.

1.6 NKF – Kennzahlenset NRW

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden.

Die Kennzahlen beleuchten vier Analysebereiche:

- Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation
- Kennzahlen zur Vermögenslage
- Kennzahlen zur Finanzlage
- Kennzahlen zur Ertragslage

Grundlage für die nachfolgenden Kennzahlen bilden einerseits die Schlussbilanz zum 31.12.2011 und andererseits die Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2011. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend ermittelt.

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
Aufwandsdeckungsgrad:		
Ord. Erträge x 100 / Ord. Aufw.	90,43%	85,67%
Eigenkapitalquote 1:		
Eigenk. X 100 / Bilanzsumme	28,60%	33,60%
Eigenkapitalquote 2:		
(EK + SoPo) x 100 / Bilanzsumme)	45,11%	49,82%
Fehlbetragsquote:		
Neg. Jahreserg. X -100 / (Ausgleichsrücklage + Allg. Rückl.)	10,70%	12,73%
Infrastrukturquote:		
Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme	30,76%	30,78%
Abschreibungsintensität:		
Bil. Abschr. auf AV x 100 / Ord. Aufwendungen	3,74%	4,28%
Drittfinanzierungsquote:		
Erträge aus Auflösung SoPo x 100 / Bilanzielle Abschreibung auf AV	58,69%	52,68%
Investitionsquote:		
Bruttoinvestitionen x 100 (Abgänge des AV + Abschreibungen AV) + Abschreibungen AV)	63,61%	59,18%
Anlagendeckungsgrad II:		
(EK + SoPo Zuwendungen/Beiträge + langfr. Fremdkap.) X 100 / AV	50,13%	54,91%
(Dynamischer Verschuldungsgrad)	nicht berechnet	

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
Liquidität 2. Grades:		
(Liquide Mittel + Kurzfr. Ford.) X 100 / Kurzfr. Verb.	16,01%	17,90%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote:		
kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme	20,99%	19,62%
Zinslastquote:		
Finanzaufw. X 100 / ordentliche Aufw.	0,96%	0,60%
Netto-Steuerquote:		
Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit X 100 / Ord. Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit	41,17%	41,28%
Zuwendungsquote:		
Erträge aus Zuwendungen x 100 / ordentliche Erträge	26,78%	24,94%
Personalintensität:		
Personalaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	16,84%	16,45%
Sach- und Dienstleistungsintensität:		
Aufw. für Sach- und Dienstl. x 100 / Ordentliche Aufwendungen	18,41%	18,31%
Transferaufwandsquote:		
Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen	44,94%	45,14%

1.7 Organe und Mitgliedschaften

1.7.1 Verwaltungsvorstand

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
Clausen	Peter	Oberbürgermeister	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung Kunsthalle BetriebsGmbH - Gesellschafterversammlung Flughafen Bielefeld GmbH - Kuratorium Bielefelder Konsens für Bielefeld e. V. - Hauptausschuss des Deutschen Städtetages - Mitglied Industrie- und Handelsclub - Vorstand Internationale Partnerschaftsstiftung - Vorstand Kommunaler Arbeitgeberverband - Kuratorium Kunsthalle Bielefeld e. V. - Kuratorium Theaterstiftung - Vorstand Verkehrsverein Bielefeld e. V. - Gesellschafterversammlung OWL Marketing GmbH - Kuratorium Rudolf-Oetker-Halle - Verwaltungsrat Sparkasse - Verbandsversammlung Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband - Mitgliederversammlung Westfälisch-Lippische Universitätsgesellschaft – Verein der Freunde und Förderer e. V. - Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH - Aufsichtsrat Stadtwerke Bielefeld GmbH - Vorstand Städtetag NRW - Verbandsvorstand Studieninstitut für kommunale Verwaltung
Löseke	Franz-Josef	Stadtkämmerer	- Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung Dezernenten-Konferenz - Gesellschafterversammlung FriedhofsGmbH - Kommunaler Arbeitgeberverband NRW, Gruppenversammlung Verwaltung

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			- Aufsichtsrat Stadtwerke Gütersloh GmbH - Aufsichtsrat Müllverbrennungsanlage Bielefeld-Herford GmbH - Aufsichtsrat Städtische Kliniken Bielefeld gem. GmbH - Verbandsversammlung Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Ostwestfalen-Lippe
Kähler	Tim	Beigeordneter	- Gesellschafterversammlung Arbeitplus in Bielefeld GmbH - Mitgliederversammlung und Vorstand Beruflicher Weiterbildungsverband Bielefeld - Verein Freiwilligenagentur - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung - Vorstand Kindermann-Stiftung zu Bielefeld - Vorstand Wilhelm-Bröker-Stiftung
Moss	Gregor	Beigeordneter	- Aufsichtsrat Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH - Forum Gewerbe- und Industriegebiet Ostwestfalen-Lippe - Gesellschafterversammlung Interkommunales Gewerbegebiet GmbH - Aufsichtsrat moBiel GmbH - Aufsichtsrat Sennestadt GmbH - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Ritschel	Anja	Beigeordnete	- Kommunale Gesundheitskonferenz - Gesellschafterversammlung Krematorium Bielefeld Besitz GmbH - Gesellschafterversammlung Wertstoffrecycling GmbH - Verwaltungsrat CVUA - Gesellschafterversammlung Friedhofs GmbH - Aufsichtsrat MVA Bielefeld-Herford GmbH
Dr. Witt- haus	Udo	Beigeordneter	- Vorstand Kuratorium Huelsmann-Stiftung - Kuratorium Rudolf-Oetker-Halle - Kuratorium von Bodelschwinghsche Stiftungen Bethel - Kuratorium Theaterstiftung - Mitgliederversammlung Arbeit und

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			Leben e. V. - Vorstand Hanns-Bisegger-Stiftung - Beirat Jugendhaus - Beirat Musik- und Kunstschule - Kommunale Bildungskonferenz - Schul- und Bildungsausschuss Städtetag NRW - Sportausschuss Städtetag NRW - Kulturausschuss Städtetag NRW - Vollversammlung Kultursekretariat NRW - Mitgliederversammlung Deutscher Bühnenverein - Mitgliederversammlung Heinrich-Kaminski-Gesellschaft e. V. - Kuratorium Philharmonische Gesellschaft OWL

1.7.2 Rat der Stadt Bielefeld

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
Biermann	Brigitte	Kauffrau	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Sennestadt GmbH
Bolte	Friedhelm	Bankkaufmann – nicht berufstätig	- Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH
Brinkmann	Dorothea	Großhandelskauffrau	- Verbandsversammlung Abwasserverband „Obere Lutter“ - Forum Gewerbe- und Industriegebiet Ostwestfalen-Lippe - Verbandsversammlung Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald - Mitgliederversammlung Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald – Wiehengebirge e. V.
Brinkmann	Petra	Hausfrau, Bankkauffrau	- Vorstand Kindermann-Stiftung zu Bielefeld
Burkert	Ursula	nicht berufstätig	
Buschmann	Harald	Pensionär	- Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung - Prüfungsausschuss Industrie- und Handelskammer
Delius	Johannes	kaufmännischer Angestellter	
Fortmeier	Hans-Georg	Jurist, MdL	- Verbandsversammlung Abwasserverband „Obere Lutter“ - Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			- Mitgliederversammlung Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V. - Aufsichtsrat moBiel GmbH - Verbandsversammlung Zweckverband Naturpark Eggegebirge und südlicher Teutoburger Wald - Polizeibeirat - Gesellschafterversammlung Sennestadt GmbH - Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH
Franz ab 12.10.11	Hans-Jürgen	Geschäftsführer	-
Geil	Hartmut	Rechtsanwalt	- Beirat Verein für Drogenberatung e. V. - Beirat Theater- und Konzertfreunde Bielefeld - Aufsichtsrat PariSozial gGmbH Bielefeld - Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH - Gesellschafterversammlung Bielefeld Marketing GmbH - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld BetriebsGmbH
Geilhaar	Barbara		
Gorsler	Sylvia	Zahnarzthelferin	
Grube	Horst	Studiendirektor i. R.	- Verwaltungsrat Sparkasse - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Grün	Gerd-Peter	Dipl. Volkswirt	
Grünwald	Elke	Kauffrau	- Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung
Gutknecht	Dieter	Sonderschullehrer	- Aufsichtsrat Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH
Hamann	Hans	Fraktionsgeschäftsführer	- Aufsichtsrat Bielefelder Bäder- und Freizeiteinrichtungen GmbH - Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH - Regionalrat - Gesellschafterversammlung Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Stadtwerke Bielefeld GmbH - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH
Helling	Detlef	Betriebswirt	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwal-

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			tungsgesellschaft mbH - Forum Gewerbe- und Industriegebiet Ostwestfalen-Lippe - Gesellschafterversammlung moBiel GmbH - Regionalrat - Kuratorium Rudolf-Oetker-Halle - Aufsichtsrat Stadtwerke Bielefeld GmbH - Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH - Einzelhandelsverband
Henrichsmeier	Gerhard	Landwirt	- Verbandsversammlung Abwasserverband „Obere Lutter“ - Forum Gewerbe- und Industriegebiet Ostwestfalen-Lippe - Verbandsversammlung Höhere Landbauschule Herford - Polizeibeirat - Verwaltungsrat Sparkasse - Vorstand Landwirtschaftlicher Buchführungsverein
Hoffmann	Klaus-Dieter	Polizeibeamter i. R.	
Ilgün	Ayhan	Sozialpädagogin	
Julkowski-Keppler	Jens	selbst. Kaufmann	
Jung	Erwin	selbst. Versicherungskaufmann	- Vorsitzender CDU Bielefeld-Jöllenbeck
Kammeier	Monika	Geschäftsführerin	- Vorsitzende Verein Pro Untersee e. V. - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung
Keppler	Lina	wissenschaftliche Mitarbeiterin	
Kleinesdar	Wilhelm	Dipl. rer hort./Amtsrat	
Kleinkes	Marcus	Rechtsanwalt	- Aufsichtsrat Sparkasse Bielefeld - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Verwaltungsrat Sparkasse - Mitgliederversammlung Deutsche Olympische Gesellschaft e. V.
Klemme-Linnenbrügger	Regina	Geschäftsführerin	
Kranzmann	Gerd	Schulleiter	- Aufsichtsrat Kunsthallenbetriebs-GmbH - Kuratorium der Stiftung Huelsmann - Vorstand Musikverein der Stadt Bielefeld e. V. - Polizeibeirat - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH
Krumhöfner	Carsten	Geschäftsführer	- Verbandsversammlung Abwasserverband Obere Lutter
Künnemann	Ulrike	Projektmanagerin	- Aufsichtsrat Klinikum Bielefeld

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
Lufen	Marcus	Kaufm. Angestellter	- Vorstand Jugend wirkt e. V. Gütersloh
Lux	Rainer	Kriminalbeamter	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH - Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag NRW - Verwaltungsrat Sparkasse - Verbandsversammlung Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband
Meichsner	Hartmut	privater Dienstleister	- Aufsichtsrat Bielefelder Bäder- und Freizeiteinrichtungen GmbH - Aufsichtsrat moBiel GmbH - Veranstaltergemeinschaft nach dem Landesrundfunkgesetz Radio Bielefeld - Verbandsversammlung Werre-Wasserverband in Herford - Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe - Aufsichtsrat GKV Veltheim - Landschaftswacht Bielefeld
Nettelstroth	Ralf	Rechtsanwalt	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Bitel GmbH - Aufsichtsrat moBiel GmbH - Aufsichtsrat Sennestadt GmbH - Aufsichtsrat Stadtwerke Bielefeld GmbH
Niederfranke	Andrea	Betriebswirtin	
Nockemann	Lars	Betriebswirt	- Vorstand SPD Unterbezirk Bielefeld
Nolte	Holger	Vertriebsbeauftragter für Sonderlöschanlagen	- Vorstand CDU Ortsverband Sennestadt - Vorstand Förderkreis „Leben im Paul-Gerhardt-Haus“
Dr. Ober	Iris	Rechtsanwältin	- Polizeibeirat - Gesellschafterversammlung Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung
Ocak	Onur	Student	
Osthus	Ricarda	Rechtsanwältin	- Vorstand Arbeit und Leben Bielefeld e. V. - Friedrich-Wilhelm-Murnau-Gesellschaft e. V. - Aufsichtsrat Kunsthalle Betriebs-GmbH - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH - Rotary Club Bielefeld-Sparrenberg
Pfaff	Hannelore	nicht berufstätig	- Beirat Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH - Vorstand Pro Bad Gadderbaum e. V.
Plaßmann	Hans-	Berufsschullehrer	- Aufsichtsrat Bitel GmbH

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
	Werner		
Rathsmann-Kronshage	Elisabeth	Sozialarbeiterin	- Gesellschafterversammlung Arbeitplus in Bielefeld GmbH - Gesellschafterversammlung Dienstleistungsgesellschaft Städtische Kliniken mbH - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung - Gesellschafterversammlung Reinigungsgesellschaft Städtische Kliniken mbH - Gesellschafterversammlung Städtische Kliniken gem. GmbH
Rees	Klaus	Fraktionsgeschäftsführer	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Verwaltungsrat Sparkasse - Vorstand Verein zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Wehrmacht e. V.
Röwekamp	Stefan	Sanitär- und Heizungsbaumeister	- Vorstand „Pro Untersee“
Rüther	Andreas	Bankkaufmann	- Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH
Sander	Florian	studentische Hilfskraft	- Kreisvorsitzender Junge Liberale Kreisverband Bielefeld
Schmelz	Martin	Berufsschullehrer	
Schmidt	Barbara	Dipl. Soziologin	- Verein 1000 Bäume für Bielefeld
Dr. Schmitz	Dirk	Fraktionsgeschäftsführer	
Schneider	Barbara	Finanzwirtin	- Bezirksvorstand verdi Bielefeld/Paderborn - Pro Bad Gadderbaum - Deutscher Amateur Radio Club
Schrader	Karin	Gleichstellungsbeauftragte	- Mitgliederversammlung Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugenossenschaft - Kommunale Gesundheitskonferenz - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung
Dr. Schulze	Ingetraud	Studiendirektorin a. D.	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat moBiel GmbH - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH - Aufsichtsrat Stadtwerke Bielefeld GmbH - Verein Pro Nahverkehr
Schulze	Ralf	Jurist	- Aufsichtsrat Bielefelder Bäder- und Freizeiteinrichtungen GmbH - Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwal-

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			- tungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung Stadtwerke Bielefeld GmbH
Sternbacher	Holm	Polizeibeamter	- Gesellschafterversammlung Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Forum Gewerbe- und Industriegebiet Ostwestfalen-Lippe - Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag NRW - Landschaftsversammlung Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Verwaltungsrat Sparkasse - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH - Verbandsversammlung Werre-Wasserverband in Herford - Regionalbeirat Westfälische Provinzial Versicherung AG - Kuratorium LWL Stiftung Kloster Dahlheim - Aufsichtsrat GdP Service GmbH - Aufsichtsrat Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Ardey Verlag GmbH - Landesvorstand Gewerkschaft der Polizei
Strothmann	Frank		
Stucke bis 20.08.2011	Ingo	Historiker	- Kulturpolitische Gesellschaft - Aufsichtsrat Kunsthalle Betriebs-GmbH - Kuratorium der Stiftung Huelsmann - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Vorstand Marianne-Weber-Kolleg e. V. - Freundeskreis Städtepartnerschaft Bielefeld-Rzeszow
Suchla	Frederik	Lehrer	- Vorstand berufliche Ausbildung und Qualifizierung Jugendlicher und Erwachsener Verein BAJ
Tsapos	Nicolas	wissenschaftlicher Mitarbeiter	- Vorstand Arbeit und Leben Bielefeld e. V. - Vorstand Kindermann-Stiftung zu Bielefeld - Aufsichtsrat Stadthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH - Vorstand Haus Neuland e. V.
Dr. van Norden	Jörg	Lehrer	- Verbandsversammlung Abwasserverband „Obere Lutter“ - Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe - Historischer Verein - Verein für westfälische Kirchengeschichte

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften
			- Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH
Viehmeister	Frauke	Lehrerin	
Dr. von der Heyden	Christian C.	Kaufmann	- Beirat C. A. Delius & Söhne Bielefeld - Kuratorium Stiftung Kirche für Bielefeld - Schatzmeister Rotary Club Bielefeld Sparrenburg - Aufsichtsrat Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH
Wandersleb ab 11.01.11	Thomas	Pfarrer	-
Weber	Michael	Industriekaufmann	- Gesellschafterversammlung Arbeitplus in Bielefeld GmbH - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH
Weißenfeld	Regine	Dipl. Sozialpädagogin	- Gesellschafterversammlung Arbeitplus in Bielefeld GmbH - Gesellschafterversammlung Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH - Aufsichtsrat Gemeinnützige Gesellschaft für Regionale Personalentwicklung - Vorstand Kindermann-Stiftung zu Bielefeld - Kuratorium von Laer Stiftung e. V.
Werner	Detlef	Fraktionsgeschäftsführer	- Aufsichtsrat Flughafen Bielefeld GmbH - Aufsichtsrat Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH - Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag NRW - Gesellschafterversammlung Radio Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH & Co KG - Aufsichtsrat Städtische Kliniken gem. GmbH - Gesellschafterversammlung Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Stadt Bielefeld mbH